

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Cassa 2,50 M., halbjährlich 12,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-N., Osterbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 252 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16 - 18 Uhr, Sonnabends 13 - 14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 26. Juli 1928 Nummer 173

Neues Schandurteil in Leipzig Die Amnestiepraxis des Niedner-Genats

Neuauffüllung der Gefängnisse / Dichter Joh. Becher noch nicht amnestiert / Die Arensdorfer Mörder werden freigelassen

Wegen Hochverrat verurteilt

Leipzig, 26. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern verhandelte der Ferienhof des Reichsgerichts gegen den Bauarbeiter Hengelbrod aus Duisburg, der bereits 5 Monate in Untersuchungshaft sitzt, wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Diese Vorbereitung zum Hochverrat sollte darin bestehen, daß Hengelbrod einigen Duisburger Polizeibeamten die völlig legal erscheinende Zeitschrift „Der Schuppoltz“ durch die Post zugesandt hätte. Ferner würden bei einer Hausdurchsuchung am 10. Februar 1928 Hengelbrod einige Exemplare der Zeitschrift „6 Jahre Gräner - Erlebnis eines republikanischen Schuppoltzen“ gefunden. Diese Zeitschrift wurde aber erst später verboten. Gleichwohl hielt man den Besitz dieser bei der Hausdurchsuchung noch legalen Zeitschrift unter Anklage. Der Reichsanwalt beantragte 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und 120 M. Geldstrafe. Genosse Dbusch, der Verteidiger von Hengelbrod, gepflückte in eingehenden Darlegungen die reichlich vorhandenen Argumente der Reichsanwaltschaft. Das Reichsgericht verurteilte den Angeklagten zu 7 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft. Dieses Klassenurteil wurde nicht wegen Vorbereitung zum Hochverrat - diese Anklage mußte fallen gelassen werden -, sondern auf Grund des § 7 Absatz 4 des Republikstrafgesetzes ausgesprochen. Durch die Mitgliedschaft bei der KPD soll der Angeklagte einer „staatsfeindlichen Verbindung“ angehört haben. Auch wenn er nicht Mitglied einer Zerlegungsgruppe der Partei gewesen sei - so sagt die wundervolle Begründung -, so habe er doch die Tätigkeit einer solchen unterstützt.

Johannes H. Becher noch immer nicht amnestiert

Berlin, 26. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Die förmliche Zeitung läßt sich aus Leipzig melden, daß noch keine Entscheidung darüber gefällt sei, ob auf Grund des Amnestiegesetzes der Hochverratsprozess gegen den Dichter Johannes H. Becher eingestellt werden soll oder nicht. Die Klassenjustiz hat schon einmal die Amnestie für Johannes H. Becher dadurch umgangen, daß neue Werke Bechers, die nach der Amnestie erschienen, einfach mit den früheren zusammengezogen wurden, um so die juristische Kaufschuldbegründung der sogenannten „fortgesetzten Handlung“ zu konstruieren. Auf diese Weise wurde damals Johannes H. Becher von der Amnestie ausgeschlossen. Es ist anzunehmen, daß auch jetzt der Oberreichsanwalt und das Reichsjustizministerium ähnlich verfahren wollten.

Als würdiges Gegenstück zu dieser Praxis des Amnestiegesetzes wird heute, wie wir an anderer Stelle berichten konnten, daß die beiden jüdischen Nordbuben, die in Arensdorf aus dem Hinterhalt Reichsbannerarbeiter niederschossen, freigelassen werden sollen. Gibt es noch eine bessere Illustration für die Wichtigkeit unserer Behauptung, daß die von der SPD über den grünen Klee gelobte Amnestie der Hindenburg-Koalition zwar den jüdischen Nordbuben, soweit sie überhaupt gefasst und verurteilt wurden, die Freiheit gibt (siehe den Fall Raphael), aber die proletarischen Opfer der Klassenjustiz noch immer festhält. Margies, Müller und Waldhardt sitzen noch immer im Zuchthaus, und schon beginnt die Neuauffüllung der Gefängnisse mit Hilfe der unzulänglichen Amnestie, die der Klassenjustiz die Möglichkeit zur Durchführung derartiger Konradlocher Prozesse bietet.

Der Fall Lambach

Eine Angelegenheit der ganzen Bourgeoisie

Dem Parteivorstand Potsdam 2 der Deutschnationalen Volkspartei wurde in Sachen Lambach folgende Mitteilung mitgeteilt: „Das Parteimitglied, Herr Walter Lambach, M. d. R., hat unter bewußter Ausschaltung der zuständigen Parteiglieder gegen die programmatischen Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei und Koalitionsbestimmungen mit einem Parteimitglied in verlegender Form durch die Presse in die Öffentlichkeit gebracht. Er hat sich dadurch im Sinne des § 17 der Parteistatuten schwerer Verletzung der Parteizucht und harter Schädigung des Ansehens der Partei“ ausgeschlossen worden. Dieser Ausschluß wirkt auf die bürgerlichen Parteien wie eine Bombe. Zentrum und Deutsche Volkspartei finden ihn über alle Maßen bedauerlich. Ueber die Hoffnung, ihren kleinen Parteigewinn aus dem Bruderzwist in der Deutschnationalen Partei zu ziehen, geht ihnen das gemeinsame Klasseninteresse. Und dieses scheint gefährlich bedroht.

Ueber Nacht ist der Fall Lambach aus einer deutschnationalen, zur Angelegenheit der ganzen deutschen Bourgeoisie geworden. Unter dem Druck der Hugenberg-Fraktion der Deutschnationalen ist Lambach vom Potsdamer Landesverband seiner Partei wegen „schwerster Verletzung der Parteizucht und harter Schädigung des Ansehens der Partei“ ausgeschlossen worden. Dieser Ausschluß wirkt auf die bürgerlichen Parteien wie eine Bombe. Zentrum und Deutsche Volkspartei finden ihn über alle Maßen bedauerlich. Ueber die Hoffnung, ihren kleinen Parteigewinn aus dem Bruderzwist in der Deutschnationalen Partei zu ziehen, geht ihnen das gemeinsame Klasseninteresse. Und dieses scheint gefährlich bedroht.

Dieser Lambach hat bekanntlich vor einiger Zeit als Deutschnationaler gewagt, einige republikanische Redensarten zu machen. Darüber sind von den Hugenbergleuten geschickt aufgespielt ein paar alte monarchistische Trottel in der Deutschnationalen Partei aus dem Häuschen geraten, Lambach mußte widerrufen, und es schien so, als wäre der Fall beigelegt. Aber da Lambach, der der Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist, nicht zum ersten Male wider den Stachel der großkapitalistischen Kreise in seiner Partei leckte, begnügte sich die Hugenberg-Fraktion nicht mit dieser Lösung. Sie ließ Lambach durch den von ihr geleiteten Bezirksverband Potsdam 2 aus der Partei werfen. Und jetzt höre man, welches Echo dieser Hugenbergstreich im deutschnationalen Lager bei den anderen bürgerlichen Parteien auslöst. Die Deutsche Volkspartei übernimmt wie immer, wenn es sich um gesamtbürgerliche Interessen handelt, die Initiative, um den deutschnationalen Kollegen die Leiden zu lesen. „Dieser Beschluß“, schreibt die DZ, „bestätigt die schärfsten Befürchtungen. Eine so kurzfristige Entscheidung konnte nur ein echt deutscher Landesvorstand fassen, der sich als Vereinsvorstand fühle, statt als politisch verantwortliche Instanz.“ Unabsehbar seien die Folgen für die Deutschnationale Partei. Drohend erhebt sich eine Parteikrise, die Gefahr der Parteispaltung.

Wie man sieht, das Organ der Deutschen Volkspartei gerät in eine Aufregung, als ob es sich um die eigene Partei handeln würde. Als ob? Nein, es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um das Schicksal der eigenen Partei, der ganzen Bourgeoisie. Die Deutsche Allgemeine Zeitung sagt mit allergrößter Offenheit wieso: „Herr Lambach ist nicht irgendwer, sondern Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, ... sein Aus-

schluß wird als ein Vorstoß gegen den Gewerkschaftsführer (!) aufgefaßt werden, nicht als eine Maßregelung des unzuverlässigen Monarchisten. Nichts aber ist gerade nach dem Wahlergebnis vom 20. Mai für die Deutschnationale Partei gefährlicher, als wenn die Meinung Nahrung erhält, sie sei nur eine Partei des Großgrundbesitzes, des Großkapitals.“

Und noch ungewandter sagt die DZ, daß diese Meinung im Interesse aller Parteien des Trustkapitals um jeden Preis unterdrückt werden müsse. Bei jeder Gelegenheit werde jetzt bereits darauf hingewiesen, daß in Deutschland über die Hälfte des Volkes „nicht selbständige Existenzen“ sind. Und welche Aufgabe die bürgerlichen Parteien nach dem 20. Mai diesen „nicht selbständigen“, d. h. nicht kapitalistischen Existenzen gegenüber haben, das sagt die DZ klipp und klar:

„Diese (nicht selbständigen Existenzen) im bürgerlichen Lager zu halten, ist im Jahre des Falts 1928 die vorrangigste Aufgabe bürgerlicher Innenpolitik und nicht nur bei den Deutschnationalen.“ !!

Niemals zuvor ist von der Bourgeoisie selbst klarer formuliert worden, was der Fall Lambach bedeutet. Die Rebellion der nichtkapitalistischen Kleinbürgerlichen und zum Teil proletarischen Schichten, die mit der Linksbewegung sich immer mehr von der bisherigen des Trustkapitals entfernen, das ist die große Gefahr der Bourgeoisie und ihrer Partikonzerne. Am stärksten wird von der Rebellion die Deutschnationale Partei betroffen. Im Jungdeutschen beispielsweise schreibt dieser Tage ein früherer deutschnationaler Offizier zum Fall Lambach einen Aufsatz und sagt dort:

„Wir wissen, daß die Frage Monarchie oder Republik in diesem großen Kampf eine Nebenfrage ist. Wir prüfen das ökonomische dieser Angelegenheit. Der Endkampf ist der zwischen Besitz und Nichtbesitz ... Rast und nächtlich glaubt der Trustdiktator (Hugenberg) der Partei heute sein nacktes Gesicht zeigen zu dürfen. Die Aufkäufe deutschnationaler Meinungsfabrikation scheinen ihm zu Kopf gestiegen zu sein, es ist höchste Zeit, daß seinem Geld- und Machtver die Wucht der nationalen Bewegung entgegengesetzt wird. Er möge hören, daß der Offizier preußisch-deutscher Erziehung kein Knecht und kein Soldner seiner Konzerninteressen sein will.“

Wenn schon der „Offizier preußisch-deutscher Erziehung“ so spricht, wie muß es erst um die Kleinbürgerlichen und proletarischen Nachläufer stehen, die bisher gutgläubig der nationalistischen Demagogie der Deutschnationalen „Volks“partei gefolgt sind? Das hat die Bourgeoisie begriffen, das begriffen die Zentrumsleute, die ihre Krise in der Partei haben, das begriffen die Volkspartei, die Führerin der bürgerlichen Front und das begriffen selbst Deutschnationale außerhalb der Hugenberg-Elite jetzt einzusehen. Den Ausschluß verurteilt beispielsweise fast so scharf wie die DZ die Berliner Börsen-Zeitung, und sie hofft, daß der Potsdamer „Zeitung“ gutgemacht werde. Sie weiß, daß in der Deutschnationalen Partei nicht nur der Kleinbürgerliche Flügel rebelliert, sie weiß - siehe den Fall Sepp, Schiele - daß auch die bäuerlichen Anhänger der Partei zu erwachen beginnen und daß es nicht mehr lange gelingen wird, sie mit Landbundsphrasen an der junkerlichen Stange zu halten. Deshalb wird alles versucht werden, Herrn Lambach für seine Partei zu retten. Wie schon Hiers, wird der bösewichtige Taktiker Hugenberg am Ende einen Rückzug unternehmen müssen. Aber damit ist die Krise nur verlagert. Es wäre unmöglich, sie auch nur zu vertagen, wenn Herr Hugenberg und seine Leute nicht einen treuen Bundesgenossen in der Sozialdemokratie fänden. Im gleichen Augenblick wo eine Millionenbewegung nach links vom Trustkapital und seiner Führung fordrängt, findet die Sozialdemokratie keine andere Politik, als die mit den Trustkapitalisten, deren Massenbasis überall ins Schwanken gerät, ein Schutz- und Trutzbündnis in der Koalition zu suchen! Es gibt wohl keine Tatsache, die besser beweist, wie diese Gleichzeitigkeit von Koalitionsregierung und Massenflucht aus den Parteien des Trustkapitals, daß die Sozialdemokratie diesem Trustkapital im gefährlichsten Augenblick zur Rettung beistimmt.

So handelt die bürgerliche Führung, die Deutsche Volkspartei ruft ihren Parteigegnern, den Deutschnationalen zu, beseitigt rechtzeitig eure Differenzen, seid einig, denn unsere gemeinsame Sache ist im Gefahr!

So handelt die „proletarische Führung“, die Sozialdemokratie; sie verfolgt die revolutionäre Partei.

Vor der Freilassung der Arensdorfer Mörder

Mit jedem Tage stellt sich klarer heraus, daß die Amnestie der ganzen Mememörderhande vor allen anderen zugute kommt. Während Margies, Müller, Waldhardt und alle die anderen Genossen weiter in den Gefängnissen sitzen sollen, wird bekannt, daß die Strafvollzugsbehörden alles nur mögliche unternehmen, um auch dem letzten Rechtsabstaken mit den Kaufschuldbestimmungen der Amnestie sofort die Freiheit zu verschaffen. Noch ist der Fall Raphael nicht geklärt. Selbst die bürgerliche Presse beginnt festzustellen, daß der freche Ausreißer vielleicht „irrtümlich“ seinen Entlassungsschein erhalten habe und sein Fall noch einer „Prüfung“ unterliege. Aber schon ist eine neue Nachricht da, geeignet, in der Arbeiterklasse die größte Empörung hervorzurufen. Aus verlässlicher Quelle erfahren nämlich die rechtsbürgerlichen Blätter, daß die beiden jüdischen Nordbuben, die in Arensdorf aus dem Hinterhalt erschossen wurden, am 26. Juli freigelassen werden sollen. Ebenfalls dieser Tage entlassen werden sollen. Der Hannoverische Kurier beispielsweise erhält am Mittwoch eine Berliner Drahtmeldung, in der gesagt wird:

Die Amnestie einbezogen worden. Die Vaterländische Gesangenshilfe steht auf dem Standpunkt, daß die beiden Schmelzer ebenfalls die gewährten Vergünstigungen genießen müßten, weil es sich bei ihrer Tat gleichfalls um ein politisches Verbrechen handelte. Wie wir hören, haben bereits Verhandlungen im Preussischen Justizministerium stattgefunden, wo man andeingelegt hat, bei der zuständigen Oberstaatsanwaltschaft in Frankfurt/O. einen Antrag nach dieser Richtung hin zu stellen.

Die Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt/O. wird sich nicht lumpen lassen. In wenigen Tagen werden die Arbeiter erfahren, daß die Meuchelmörder von Arensdorf zu neuen Taten freigelassen sind. Die Sozialdemokratie begründete ihren Amnestieverrat seinerzeit vor allem mit der Unmöglichkeit, diesen Meuchelmördern Vergünstigungen zu erweisen. Jetzt sind kaum zwei Wochen seit dem Amnestiebeschluß vorüber, und schon bestätigt sich unsere Anklage, daß die sozialdemokratischen Argumente nichtiswürdige Vorwände von Amnestieverrätern waren. Umso leidenschaftlicher erheben wir die Forderung, heraus mit den Gefangenen des Proletariats, heraus mit Margies und den anderen Genossen.

„Bislang sind die wegen Erschießung eines Reichsbannerangehörigen in Arensdorf zu Zuchthaus verurteilten Hofbäcker Vater und Sohn Schmelzer nicht mit in